

**Brief / Stellungnahme vom 12.01.14
zum Bildungsplan in Baden-Württemberg:**

An den

*Minister für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg
Herr Andreas Stoch*

Sehr geehrter Herr Minister,
die Gesellschaft für Sexualpädagogik e.V. (gsp) ist ein Fachverband von sexualpädagogisch Tätigen, die die Qualität in der sexualpädagogischen Arbeit in Deutschland voran bringen möchte. Wichtige Grundsätze sind für uns auch die sexuelle Selbstbestimmung, sowie die Akzeptanz sexueller Vielfalt. Die gsp nimmt die Äußerungen in den Medien und der Kirchen in Bezug auf den Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg zum Anlass, Ihre Arbeit von sexualpädagogischer Seite zu unterstützen.

Aus der Forschung zur Lebenssituation von jugendlichen LSBTI* (Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle) geht hervor, dass diese sehr unter dem Druck leiden, wenn sie ihre Sexualität verschweigen müssen. Aus Angst vor Repressionen, Mobbing und Diskriminierung warten viele mit ihren Coming-out bis sie die Schule verlassen haben. Der gesellschaftliche und mediale Diskurs über Homosexualität betont oft die Probleme von LSBTI* und unter den Peers werden in der Pubertät häufig Witze oder herabwürdigende Bemerkungen über sie gemacht. Zusammen mit mangelnder Rückendeckung in der Familie und der Schule führt dies dazu, dass LSBTI* ein geringeres Selbstbewusstsein erwerben und häufiger als andere an psychischen Erkrankungen leiden, anfälliger für Drogen sind und sich vier bis sechs Mal häufiger das Leben nehmen. Dies geschieht wohl gemerkt nicht aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, sondern ist eine Reaktion auf die Art und Weise, wie Medien, Eltern, Lehrkräfte und die Mehrheitsgesellschaft mit dem Thema umgehen.

Die gsp begrüßt die im Bildungsplan genannten Ziele, weil sie der aktuellen Forschungslage Rechnung tragen und dazu geeignet sind Unwissen und Vorurteile zu beseitigen. Auf diese Weise können gegenseitiges Verständnis sowie Toleranz und Akzeptanz unter den Jugendlichen wachsen und auch langfristig Veränderungsprozesse in der Gesellschaft angestoßen werden. Dabei kann es ergänzend auch hilfreich sein, wenn neben den Lehrkräften LSBTI* als externe Expertinnen und Experten in die Schule eingeladen werden, damit nicht nur über sie sondern auch authentisch mit ihnen diskutiert werden kann. Solche oder ähnliche methodisch-didaktischen Überlegungen als „einseitige Propaganda“ oder „Gehirnwäsche“ zu diffamieren, halten wir für eine Verleumdung. Im Gegenteil können solche Interventionen sehr positive Effekte entfalten, wenn sie in ein Gesamtkonzept eingebettet sind, das gemeinsam mit Lehrkräften und Eltern abgestimmt wird. Die Diskussion der letzten Tage zeigt, dass vor allem die Erwachsenen der Aufklärung über LSBTI* bedürfen, weil Teile der Elternschaft aber auch der Kirchenoberen in Baden-Württemberg große Ängste und Vorurteile gegenüber sexueller Vielfalt artikulieren.

Wie eine aktuelle Studie der Humboldt Universität Berlin bestätigt, ist es wichtig, dass junge LSBTI* sich sicher sein können, dass sie einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft sowie die gleichen Bürgerrechte haben. Hierzu kann die thematische Ausrichtung des Unterrichts in verschiedensten Fächern beitragen. Wichtiger noch ist jedoch, dass eine unterstützende Haltung der Lehrkräfte zu sexueller Vielfalt für die Jugendlichen erkennbar wird. Hier konnte die oben genannte Studie einen positiven Zusammenhang in Bezug auf die Vorbildfunktion des Schulpersonals nachweisen. Dies setzt eine gute Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte für diese Aufgabe voraus. Damit alle Schülerinnen und Schüler sich in der

Schule sicher und wohl fühlen können, ist es sinnvoll, gemeinsam mit Eltern und der Schulleitung eine umfassende Strategie einzurichten, bei der jegliche Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, einer Behinderung, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Weltanschauung/ Religion vermieden und bekämpft wird. Hierfür brauchen die Schulen Rückendeckung und methodisch-didaktische Unterstützung durch die Schulaufsichtsbehörden und das Bildungsministerium.

Der Vorstand der gsp begrüßt es ausdrücklich, dass Sie den Handlungsbedarf zur Verbesserung der Lebenssituation von jugendlichen LSBTI* erkannt und benannt haben. Wir sind ebenfalls davon überzeugt, dass ein souveräner und gelassener Umgang mit dem Tabuthema Sexualität alle Beteiligten dabei unterstützt, die schwierige Zeit der Pubertät besser zu bewältigen. Wenn über LSBTI* nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand getuschelt werden muss, sondern offen und fair geredet werden kann, dann profitieren davon nicht nur LSBTI* sondern auch alle anderen Schülerinnen und Schüler, denn so erhalten sie Orientierung und können ihre eigenen Neigungen besser erkunden und kennenlernen. Ein einfühlsames und behutsames Vorgehen sollte dabei selbstverständlich sein. Daraus abzuleiten, dass in einem bestimmten Alter jedoch in erster Linie über Heterosexualität gesprochen werden soll und andere sexuelle Ausrichtungen als Abweichung von der Norm gekennzeichnet werden sollen, stellt eine repressive, hinter der aktuellen Diskussion zurückbleibende Haltung gegenüber sexueller Vielfalt dar. Aus fachlicher sexualpädagogischer Sicht muss die gsp dies ablehnen. Stattdessen gilt es den Normbegriff in Bezug auf die Sexualität kritisch zu hinterfragen, um Abwertungen und Diskriminierungen vorzubeugen.

Die gsp hofft, dass Sie sich von Ihrem Vorhaben im Bildungsplan auch durch die zum Teil harsche Kritik, die daraufhin in der Öffentlichkeit geäußert wurde, nicht abbringen lassen. Vielleicht gäbe es in der Vermittlung der angestrebten Ziele bzw. an der einen oder anderen Formulierung noch Verbesserungsmöglichkeiten, um Missverständnisse zu vermeiden. Die gsp stellt ihr Fachwissen und ihren didaktisch-methodischen Sachverstand gerne zur Verfügung, um die weitere, rechtlich und konzeptionell zukunftsweisende Umsetzung des Bildungsplans zu unterstützen und zum Erfolg zu führen.

Mit freundlichen Grüßen
für den Vorstand
Prof. Dr. Stefan Timmermanns